

03 / 16

Spendenkonto
Web
Kontakt

Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Liebe Freundinnen und Freunde

Mit diesem Rundbrief möchten wir Euch informieren und einen kleinen Überblick geben über die aktuelle Arbeit von uns, **borderline-europe**. Hier stellen wir neben Veranstaltungen einige Aktionen und Initiativen vor an denen sich **borderline-europe** beteiligt.

Viel Spaß beim Lesen!
Das borderline-europe-Team.

Spendenkonto
Web
Kontakt

Themen dieser Ausgabe

Neuer Vorstand und Ehrenvorsitz

Update des Sizilien-Berichts

Proti Stassi: Unsere Tätigkeiten in Klio (Lesbos)

Restriktionen und Kriminalisierung - Kampf der Fluchthilfe

EU-Türkei-Deal: Abschottung um jeden Preis

Entwicklungen auf der Balkanroute

Asylpaket II – die kontinuierlichen Asylrechtsverschärfungen

Jugend Rettet e.V.

Impressum

Neuer Vorstand und Ehrenvorsitz

Nach mehr als 10 Jahren gemeinsamen Kampfes gegen das Sterben an Europas Grenzen hat Elias Bierdel, Gründungsmitglied von *borderline-europe*, nun sein Amt als Vorstand niedergelegt. Elias wird uns weiterhin eng verbunden bleiben, doch möchte er sich nun auch anderen Aufgaben widmen. Die Geschichte von *borderline-europe* ist eng verbunden mit Elias Bierdel und wäre undenkbar ohne ihn – so haben wir uns entschlossen, seine Arbeit mit einer neuen Rolle im Verein zu würdigen: im Dezember 2015 wurde Elias Bierdel der Ehrenvorsitz von *borderline-europe* angetragen und er hat ihn zu unserer aller Freude angenommen. Im Dezember wurde ebenfalls ein neuer Vorstand gewählt: Harald Glöde und Dorothee Bruch wurden im Amt bestätigt, Franziska Schmidt wird nun den Posten von Elias Bierdel einnehmen. Herzlich willkommen und auf eine gute Zusammenarbeit!

Update des Sizilien-Berichts

Im Februar 2016 hat die Außenstelle Palermo von *borderline-europe* ein Update des **Sizilienberichts** herausgegeben. Auf gut 40 Seiten sind Informationen über die Organisation der Unterbrin-

gung von Geflüchteten und über die Zentren auf Sizilien zu finden. Neben der Aufnahme- und Abschiebungseinrichtungen der Region wird außerdem noch die gegenwärtige Lage zur Rettung von Migrant*innen auf See abgezeichnet. Der Bericht konnte vor allem dank der engen Zusammenarbeit mit unserer sizilianischen Partnerorganisation *Borderline Sicilia Onlus* entstehen, die seit Jahren ein Monitoring zur Situation der Geflüchteten auf Sizilien betreibt. Aktuelle Artikel zur Situation finden sich in deutscher Sprache auf dem **deutschsprachigen blog** von *Borderline Sicilia*.

In Sizilien arbeiten inzwischen drei der von der EU geforderten Hotspots (Lampedusa, Pozzallo, Trapani), ein vierter wurde kürzlich in Taranto (Apulien) eröffnet. Über die Umsetzung des Hotspot-Systems in Sizilien können Sie **hier** lesen. *Borderline Sicilia* hat den **Hotspot in Pozzallo** besucht. Immer wieder kommt es aufgrund der geforderten Fingerabdrücke zu massiver Gewaltanwendung in den Zentren, wie z.B. in **Messina**. Auch die **Suche nach den angeblichen Schleppern** geht bei jeder Anlandung weiter, geht doch die EU davon aus, dass man mit massenhaften Verhaftungen von ankommenden Geflüchteten den „Schleppern“ das Handwerk legen kann. Das führt dazu, dass im Durchschnitt mindestens zwei Migrant*innen pro ankommendem Boot verhaftet werden, auch wenn sie selber nur Geflüchtete sind, die beauftragt wurden, es zu steuern.

Wir möchten an dieser Stelle allen Spender*innen für die Unterstützung beim Aufbau von Proti

Stassi ganz herzlich danken und wir werden weiterhin die Spenden für eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge auf Lesbos einsetzen.

Proti Stassi: Unsere Tätigkeiten in Klio (Lesbos)

Im Juni des vergangenen Jahres haben wir begonnen in dem Ort Klio eine **Anlaufstation für neu angekommene Bootsflüchtlinge** auf der Insel Lesbos aufzubauen. Viele Widerstände und bürokratische Hürden mussten dafür überwunden werden und trotzdem stand das Projekt im Oktober kurz vor dem endgültigen Aus. Dank der dauerhaften Präsenz vor Ort von Chloe, Julian und Alice konnten die angemieteten Räume in einer ehemaligen Käserei zum Jahreswechsel fertig gestellt und für eine Erstversorgung von Flüchtlingen genutzt werden.

Geflüchtete die mit ihrem Schlauchboot am Leuchtturm am Cap Korakas ankommen wurden bis jetzt in mehreren Etappen von miteinander kooperierenden NGOs zu der Registrierungsstelle auf der Insel gebracht. Proti Stassi ist dabei der Ort an dem sie erst einmal heiße Getränke und etwas zu essen sowie trockene Kleidung und Schuhe bekommen. Von hier aus werden dann Busse für die Weiterfahrt in das offizielle Aufnahmelager Moria (zur Registrierung und Weiterreise auf das Festland) organisiert.

In diesem Netzwerk von Freiwilligen und internationalen NGOs im Norden der Insel Lesbos hat sich eine sehr solidarische Zusammenarbeit entwickelt, die Ausdruck eines gemeinsamen politischen Selbstverständnisses ist: Der Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen konkrete Hilfe, praktische Solidarität und gelebten Widerstand entgegen zu setzen.

Mehr zu Proti Stassi finden Sie auf [diesem Blog](#).

Restriktionen und Kriminalisierung - Kampf der Fluchthilfe

Um die Flucht von der Türkei über die Balkanroute nach Nordeuropa zu unterbinden werden nun auch auf den Ägäis-Inseln gemeinsame Patrouillen der griechischen Polizei mit Frontex-Beamten durchgeführt, deren Aufgabe es ist, Freiwillige und NGOs, die neu ankommende Geflüchtete retten und unterstützen, zu identifizieren und auf ihre rechtmäßige Akkreditierung zu überprüfen. Die NGOs auf den griechischen Inseln müssen, um ihre Arbeit fortsetzen zu können, **umfangreiche Angaben** zu ihrer konkreten Arbeit und zu den bei ihnen Beschäftigten machen.

Mit diesem Versuch, NGOs unter staatliche Kontrolle zu stellen, soll die humanitäre Hilfe erschwert oder gar gestoppt werden. **Dies geht so weit**, dass die griechische Küstenwache das Aus-

laufen zu Rettungseinsätzen den Booten privater Hilfsorganisationen nur erlaubt, wenn diese von der Küstenwache angefordert worden sind.

Rettungsarbeiten sind für NGOs gefährlich geworden. Die Europäische Union hat vor, das Schleusen von Migrant*innen **mit dem Begriff Menschenhandel gleichzusetzen**. (3) Künftig wird das dazu führen, dass NGOs und Freiwillige, die bei der Rettung, Versorgung und Hilfe von den in Europa ankommenden Migrant*innen aktiv sind, kriminalisiert und verhaftet werden.

Zunehmend lässt sich beobachten, wie EU und Frontex an den Außengrenzen durch die Kriminalisierung von Fluchthilfe letzte Abschottungshindernisse beseitigen. Die NGOs und Helfenden wären ja auch unangenehme Zeugen, wenn künftig völkerrechtswidrige Push-Backs (das Zurückweisen von Flüchtenden auf See) zum unverhüllten Alltag werden sollen. Nicht nur der Aktionsplan mit der Türkei, sondern auch der im Eiltempo durchgesetzte Nato-Einsatz sind Signale in diese Richtung.

EU-Türkei-Deal: Abschottung um jeden Preis

Vor dem jüngsten Gipfeltreffen stellte die türkische Regierung das europäische Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen mal wieder erfolgreich auf die Probe, als die Zeitung Zaman ge-

stürmt wurde oder als an der türkisch-syrischen Grenze neun Flüchtende von Grenzschützern erschossen wurden. Die Türkei reiht sich ein in die Reihe autoritärer, repressiver EU-Partner.

Die Finanzhilfen der EU für die Türkei wurden um weitere 3 Milliarden Euro auf jetzt 6 Milliarden Euro bis 2018 erhöht. Aber schon vor der Einigung setzte die Türkei EU-Forderungen teilweise fleißig um, wie sich an der **aktiven Verhinderung** von Überfahrten in die EU zeigt. Der Deal sieht weiterhin vor, dass die Türkei sämtliche auf den griechischen Inseln ankommende Migrant*innen zurücknehmen soll und im Gegenzug die EU für jeden zurückgebrachten Syrer*in einen syrischen Bürgerkriegsflüchtling legal aufnimmt bis zu einer Höchstgrenze von 72.000. Um wenigstens den Anschein asylrechtlicher Normen aufrecht zu erhalten, sollen die neu Angekommenen auf den griechischen Inseln interniert und einem beschleunigten Asylverfahren unterzogen werden. Angesichts der aktuellen Ankünfte auf den Inseln, allein in diesem Jahr bereits 143.634 Menschen, muss auch denjenigen, die diesen schmutzigen Deal ausgehandelt haben, bewußt gewesen sein, das es blanker Hohn ist, hierbei von einem Asylverfahren zu sprechen.

Abgeschoben werden sollen sie in ein Land, das die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) nur mit geographischen Vorbehalt unterzeichnet hat, und danach nur Flüchtlingen die aus Europa kommen Schutz nach der GFK gewähren. Außerdem verhandelt die Türkei mit mehreren Herkunftslän-

dern über Rückübernahmeabkommen. Daher sind **Masseninhaftierungen und -abschiebungen zu befürchten**, eine Einstufung der Türkei als sicheres Drittland ist daher nicht nur zynisch sondern auch ein eindeutiger Verstoss gegen die GFK und kann für die Geflüchteten erneut Verfolgung und Folter bedeuten.

Entwicklungen auf der Balkanroute

Im Jahr 2015 sind ca. 850.000 Menschen von der Türkei aus über Griechenland und die Balkanstaaten nach Westeuropa gelangt. Erklärtes Ziel der EU ist es, die Zahl der über die Balkanroute kommenden Flüchtlinge deutlich zu reduzieren. Mehrmals hatten die Länder des Westbalkans betont, dass ihre Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten stets abhängig von den in Deutschland und Österreich geltenden Regelungen sein wird. Und so ist es auch gekommen. Eine kleine Chronik der Ereignisse: Aufgrund von Verschärfungen der Grenzkontrollen in Schweden, Dänemark und Deutschland, lässt Österreich Mitte Januar nur noch Flüchtlinge ins Land einreisen, die in Österreich oder Deutschland Asyl beantragen wollen. Lange wird in Österreich über Kontingente diskutiert, unter scharfer Kritik der EU und den Mahnungen der Balkanstaaten, bis am 17. Februar das Tageskontingent trotzdem eingeführt wird. Pro Tag

dürfen nur noch 80 Flüchtlinge Asyl in Österreich beantragen und 3.200 Flüchtlingen wird die Durchreise erlaubt. Seit der Einführung des österreichischen Tageskontingents kommt es zu Grenzschließungen in Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien und letztendlich zur kompletten Sperrung der Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland. Hier an der Grenze, in Idomeni harrten mittlerweile ca. 12.000 Geflüchtete aus, die unter unmenschlichen Bedingungen darauf warten und hoffen, dass die Grenzen wieder geöffnet werden. Die Verzweiflung und die Entschlossenheit der Festsitzenden zeigen sich immer wieder in Aktionen, wie dem Versuch den mazedonischen Grenzzaun zu stürmen und dem „March of Hope“. Die mazedonische Polizei reagierte in beiden Fällen gewalttätig. Auf die versuchte Stürmung des Grenzzauns reagierte sie mit Tränengas, während diejenigen von den rund 2.000 Marschierenden, die mazedonischen Boden erreichten, festgenommen, in Wagen gepfercht und wieder zurück nach Griechenland transportiert wurden. Bei dem Marsch verloren drei Menschen ihr Leben. Mittlerweile sitzen mehr als 50.000 Menschen unter zum Teil unmenschlichen Bedingungen in Griechenland fest.

Nach dem EU-Türkei-Gipfeltreffen vom 17. und 18. März ist fraglich, was mit den in Griechenland festsitzenden Flüchtlingen geschieht. Denn die im vergangenen September vereinbarte Umverteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland und Italien hat bisher so gut wie nicht stattgefunden,

nur 937 Asylsuchende (Stand: 15.03.) wurden danach in **andere Staaten der EU umverteilt**. Laut EU-Kommissionspräsident Juncker sollen nach dem neuen Deal pro Monat 6.000 Flüchtlinge aus Griechenland **in andere EU Länder umgesiedelt** werden. Die Umverteilung, die ohne die Zustimmung der Flüchtenden geschieht, wird realistisch gesehen nicht erfolgen. Das Notlager in Idomeni soll bis April evakuiert werden- momentan ruft man noch die in Idomeni ausharrenden Flüchtlinge dazu auf, das Camp zu verlassen und sich in ein Lager im Landesinneren umsiedeln zu lassen.

Ohne legale Weiterreisemöglichkeiten sind Geflüchtete auf Schlepper angewiesen und werden neue Wege finden müssen

Ausführliche Informationen

Asylpaket II – die kontinuierlichen Asylrechtsverschärfungen

Im Jahr 2015 sind ca. 850.000 Menschen von der Türkei aus über Griechenland und die Balkanstaaten nach Westeuropa gelangt. Erklärtes Ziel der EU ist es, die Zahl der über die Balkanroute kommenden Flüchtlinge deutlich zu reduzieren. Mehrmals hatten die Länder des Westbalkans betont, dass ihre Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten stets abhängig von den in Deutschland und Öster-

Nachdem sich der Entscheidungsprozess mehrere Monate hinzog, wurde das sogenannte Asylpaket II Ende Februar mit breiter Mehrheit in Bundestag und Bundesrat angenommen, auch wenn in Reihen der Großen Koalition ein paar Abweichler mit Nein stimmten.

Der Familiennachzug wird für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre ausgesetzt. Weitere Bestandteile des Pakets sind beschleunigte Asylverfahren für Menschen aus sicheren Herkunftsländern oder mit Folgeanträgen und Wiedereinreisesperren. Sogar Menschen, die falsche Angaben zu sich gemacht oder keine Papiere bei sich haben, sollen solche Schnellverfahren bekommen – so entsteht viel Entscheidungsspielraum. Für die genannten Menschengruppen sollen weitere besondere Aufnahmezentren (BAE) entstehen, von denen es bisher zwei in Bayern gibt. Faire Asylverfahren werden damit erschwert. Außerdem sollen nur noch lebensbedrohliche Erkrankungen als Hindernis für Abschiebungen gelten. Posttraumatische Belastungsstörungen gelten demnach nicht als schwerwiegend genug. Abschiebungen sollen um jeden Preis erleichtert werden. Und diejenigen, die hier bleiben können, müssen sich künftig an den Kosten für Integrationskurse beteiligen: Zehn Euro sollen monatlich von den ohnehin schon unterhalb des Hartz-IV-Niveaus liegenden Leistungen abgezogen werden. Der einzige halbwegs positive Beschluss ist die Garantie eines Aufenthaltsstatus während der Ausbildung inklusive der Zusicherung, anschlie-

ßend 2 Jahre hier arbeiten zu können. Zudem wird das Alter, bis zu dem Geflüchtete eine Ausbildung aufnehmen können heraufgesetzt: Von 21 auf 25 Jahren. Zusätzlich zum neuen Asylpaket sollen Algerien, Tunesien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern ernannt werden. Diese Einstufung hat beschleunigte Verfahren zur Folge sowie pauschalisierte Ablehnungen. Jedoch war diese Entscheidung aus dem Asylpaket ausgeklammert, da sie der Zustimmung des Bundesrates bedurfte. Mittlerweile hat Innenminister de Maizière sich die Zusicherung der Rücknahme abgelehnter Staatsangehöriger aus den jeweiligen Staaten eingeholt.

Die zahlreichen Asylrechtsverschärfungen des letzten Jahres werden damit fortgeführt und die gegenwärtigen Entwicklungen lassen deutlich werden, dass die Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl droht – trotz massiver Kritik an den neuen Verschärfungen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung – Christoph Strasser – ist aus Protest gegen die inhumane Aussetzung des Familiennachzugs von seinem Amt zurückgetreten.

[Mehr zum Asylpaket II hier](#) und [hier](#)

[Jugend Rettet e.V.](#)

[Jugend Rettet](#) ist eine Organisation von jungen Erwachsenen, die sich im letzten Jahr gegründet

hat um humanitäre Hilfe zu leisten und die Stellung beziehen wollen zur aktuellen Europäischen Asylpolitik, die sie als menschenverachtend bezeichnen. Ihr erstes Ziel ist der Kauf eines Schiffes mit dem Rettungseinsätze im zentralen Mittelmeer durchgeführt werden sollen. Darüber hinaus möchten sie mit [Jugend Rettet](#) eine Diskussionsplattform über die europäische Asylpolitik für junge Erwachsene schaffen und haben begonnen ein Netzwerk von Botschafter*innen in verschiedenen deutschen und europäischen Städten aufzubauen.

Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!



Über uns

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Kontakt

borderline-europe -
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Folge uns!

Folge uns [hier](#) auf Twitter.
Folge uns [hier](#) auf Facebook.